

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 16.02.2007
Niederschrift	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/14-2865
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 7. Februar 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:37 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 29.11.2006 - öffentlicher Teil -**
Seite A 3
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 29.11.2006 - öffentlicher Teil**
25/2007 *Seite A 3*
4. **Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 3*
5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
659/2006 *Seite A 4*
6. **Vortrag der Alten- und Familienhilfe Refrath-Frankenforst e. V.**
24/2007 *Seite A 4*
7. **Jahresbericht zur Unterbringungssituation**
10/2007 *Seite A 5*
8. **Vorberatung des Teilhaushalts für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales für**

	das Jahr 2007 hier: Bereich Soziales 36/2007	<i>Seiten A 5 f</i>
9.	Strategische Zielsteuerung 577/2006	<i>Seiten A 6 f</i>
10.	Gesellschaft "GL Service gGmbH" hier: Gründung und Abschluss des Gesellschaftsvertrages 32/2007	<i>Seiten A 7 f</i>
11.	Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil	<i>Seiten A 8 f</i>
<hr/>		
B	<u>Nichtöffentlicher Teil</u>	<i>Seite B 1</i>
1.	Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -	
2.	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.	Mitteilungen des Bürgermeisters	
4.	Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil	

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 9. Sitzung des Sozialausschusses in der 7. Wahlperiode und stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und der Sozialausschuss beschlussfähig ist.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Frau Reinhardt und Frau Rittmeier von der Alten- und Familienhilfe Refrath-Frankenforst, die zu TOP A 6 vortragen werden.

Folgende Ausschussmitglieder haben sich entschuldigt:

- Frau Schreiber (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wird durch Frau Scheerer vertreten.
- Frau Böcher (Fraktion KIDitiative) wird von Frau Neuheuser-Königs vertreten.
- Herr Gerhards (FDP-Fraktion) wird von Herrn Schier vertreten.
- Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) wird von Herrn Dresbach vertreten.

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes wird die sachkundige Bürgerin Frau Potthoff (Fraktion KIDitiative) in feierlicher Form in ihr Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 29.11.2006 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 29.11.2006 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die verteilten Unterlagen der Alten- und Familienhilfe.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

<-@

6 **Vortrag der Alten- und Familienhilfe Refrath-Frankenforst e. V.**

@->

Frau Reinhardt und Frau Rittmeier berichten zunächst über die Tätigkeit der Alten- und Familienhilfe Refrath-Frankenforst.

Vertreter verschiedener Fraktionen bedanken sich bei Frau Reinhardt und Frau Rittmeier für ihren Vortrag.

Fragen der Ausschussmitglieder werden wie folgt beantwortet:

Beihilfen werden in dem Sinne gewährt, dass für Leistungen der Alten- und Familienhilfe keine Leistungen erhoben werden. Barauszahlungen erfolgen in der Regel nicht.

Finanziert werden auch Fortbildungen der Helfer.

Jährlich werden zwei Halbtagsausflüge durchgeführt.

Zu Weihnachten wurden Warengutscheine verteilt, wenn ein hohes Maß an Bedürftigkeit festgestellt wurde.

Die Alten- und Familienhilfe arbeite zwar mit Krankenkassen zusammen, die Finanzierung der Hilfen laufe aber durchweg nicht darüber. Z. B. bei Risikoschwangerschaften erhalten Betreute Leistungen der Krankenkassen. Das Sozialamt finanziere Hilfen, wenn die Betreuten Sozialhilfe erhalten.

Mittagstisch für Kinder wird so gut wie nie erfragt. Es ist denkbar, in der Familie zu kochen, wenn Helfer dafür zur Verfügung stehen.

Es werde niemand abgelehnt, weil er nicht im Einzugsgebiet der Alten- und Familienhilfe wohne. Betreuungswünsche aus Bensberg werden aber grundsätzlich zunächst zur dortigen Alten- und Familienhilfe verwiesen.

Die Grenzen pflegerischer Leistungen ergeben sich aus dem Grad der Pflegebedürftigkeit. Ganz bewusst werde Verbänden wie der Caritas, der AWO u. ä. keine Konkurrenz gemacht. Unterstützende Tätigkeiten wie das Setzen in den Rollstuhl werden aber angeboten. Dem Zivi werden bestimmte Handgriffe durch die Schwestern der Diakonie beigebracht.

Frau Reinhardt hält es für menschenwürdig, auch im Rentenalter Geld zu verdienen, anstatt öffentliche Zuschüsse zu beantragen.

Abschließend verweist Frau Schöttler-Fuchs darauf, dass Frau Reinhardt für ihr Engagement mit der Ehrennadel ausgezeichnet wurde. Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich unter Beifall des Ausschusses bei Frau Reinhardt und Frau Rittmeier für ihren Vortrag. Sie wünscht beiden Damen für die weitere Arbeit der Alten- und Familienhilfe alles Gute.

<-@

7 Jahresbericht zur Unterbringungssituation

@->

Zu Fragen und Anmerkungen Herrn Schnörings (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Herrn Schiers (FDP-Fraktion) und Frau Münzers (CDU-Fraktion) erklärt Herr Scheerer, bei den Rückführungen handele es sich um zwei Personen, die freiwillig ins Kosovo zurückgekehrt seien. Er verweist dazu auf ein Bundesprogramm, mit dem Rückkehrer finanziell unterstützt werden. Um Ausweisungen handelt es sich in solchen Fällen nicht.

Die Unterkünfte Kauler Straße/Rosenhecke sollten der Unterbringung von Aussiedlern und Flüchtlingen dienen. Bei der Anmietung habe die Stadt es für sinnvoller gehalten, vorübergehend ein vernünftiges Objekt zu mieten als in bereits abgeschriebene Objekte der Stadt zu investieren. Beide Objekte seien aber stark asbestverseucht. Der Fachbereich 8 verhandele seit längerem mit der Bundesvermögensverwaltung (BIMA), um den Mietvertrag von Anfang an für unwirksam zu erklären, weil dieses Objekt nur mit unverhältnismäßigem Aufwand hätte instand gesetzt werden können.

Die bei Frau Münzer vorstellig gewordene Frau habe auch ihn angesprochen. Sie habe noch nicht in einer städtischen Unterkunft gewohnt. Dort gebe es aber tatsächlich Diebstähle. Für rund 100 Obdachlose gebe es einen Sozialarbeiter. Wenn gelegentlich frauenspezifische Probleme auftreten, bediene er sich der Hilfe des Jugendamtes.

Herr Hastrich erinnert daran, dass noch die Frage nach dem Umgang mit der Problematik im Park der Villa Zanders offen stehe. Dies könne Schwerpunkt einer der nächsten Sitzungen sein. Dazu werden der angesprochene Sozialarbeiter und das „Netzwerk Wohnungsnot“ eingeladen. Vor der Sitzung könne möglicherweise eine Unterkunft besichtigt werden.

Frau Münzer schließt sich dem Vorschlag an, das Netzwerk einzuladen.

Auf Nachfrage Herrn Schnörings zu den Punks erklärt Herr Hastrich, für das Gelände an der Bensberger Straße liege kein Bauantrag vor. Von den Eigentümern wurde den Punkern angeboten, dass sie sich solange dort aufhalten können, bis die Bebauung konkret erfolge.

<-@

8 Vorberatung des Teilhaushalts für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales für das Jahr 2007

hier: Bereich Soziales

@->

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Zu prüfen sei noch die Deckungsmöglichkeit für die Mehrkosten der längeren Bezuschussung für die Geschäftsführerin des Progymnasiums. Die Maßnahme als solche sei sinnvoll.

Sehr positiv sei die Bezuschussung der „Tafel“. Der geplante Zuschussbetrag in Höhe von 12.000 € könne für dieses Jahr etwas gekürzt werden, weil die „Tafel“ ihren Betrieb vermutlich erst im April aufnimmt. Ein Teil der Kosten könne auch durch das Sponsoring im Rahmen des Stadtfestes aufgebracht werden.

Herr Mumdey verweist auf Versuche, den Korridor noch zum Ausgleich zu bringen. Der Bürgermeister versuche u. a. für die „Tafel“ weitere Spenden zu erzielen.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, Herr Roth habe für die „Tafel“ eine Spende von 1.000 € zugesagt.

Herr Hastrich ergänzt, der Korridor weise - wie auch in der Vorlage dargelegt - kei-

nen Zuschuss für das Progymnasium aus. Im Unterschied dazu werden bei der Haushaltsstelle 470.718.08 5.000 € vorgesehen, die nach Auffassung der Verwaltung auch für die „Tafel“ verwandt werden können. Würde der Zuschuss für das Progymnasium in Höhe von etwa 43.000 € gewünscht, müsste dies gesondert beantragt und beschlossen werden.

Herr Dr. Bernhauser stimmt dem zu; die Deckung müsse sichergestellt werden. Die Verwaltung müsse die Möglichkeiten dazu prüfen. Z. B. können die Elternbeiträge in den Spielgruppen etwas angehoben werden. Er beantragt, die genannten Zuschüsse für die „Tafel“ und das Progymnasium ohne Erhöhung des Korridors in den Haushalt aufzunehmen.

Herr Mumdey erklärt, die Verwaltung versuche zwar, den Korridor auszugleichen. Dafür benötige die Verwaltung die Unterstützung der Politik. Er erwarte z. B. eine Spende einer städtischen Gesellschaft zur Entlastung des Korridors, für die er um Zustimmung wirbt.

Auf Nachfrage von Frau Schu (CDU-Fraktion) bestätigt Herr Mumdey, dass eine Beschlussfassung im Sozialausschuss für den Fachausschuss reiche.

Herr Hastrich schlägt vor, als Zuschuss für das Progymnasium 40.000 € vorzusehen.

Auf Anfrage Herrn Galleys (SPD-Fraktion) erklären Herr Mumdey und Herr Hastrich, im Zusammenhang mit der Bücherei seien 30.000 € vorgesehen. Dieser Betrag habe aber nichts mit dem Zuschuss zu tun, um den es jetzt gehe.

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlüsse: 1. (einstimmig bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion)

Für die Geschäftsführung des Progymnasiums soll ein Zuschuss von 40.000 € zur Verfügung gestellt werden.

2. (einstimmig)

Für die „Tafel e. V.“ soll ein Zuschuss von bis zu 5.000 € zur Verfügung gestellt werden (Hast. 470.718.08).

3. (einstimmig bei zwei Enthaltungen der FDP-Fraktion und der BfBB-Fraktion)

@-> <-@

Der Sozialausschuss empfiehlt unter Beachtung der vorangegangenen Beschlüsse dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss, dem Rat den vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 für den Bereich Soziales in der Fassung, die er nach Abschluss der Beratungen gefunden hat, zur Beschlussfassung vorzulegen.

9 <-@
Strategische Zielsteuerung

@->

Auf Antrag von Frau Schöttler-Fuchs fasst der Sozialausschuss folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme der FDP-Fraktion)

Dieser Punkt wird in die Ratssitzung verlagt.

10 <-@
Gesellschaft "GL Service gGmbH"
hier: Gründung und Abschluss des Gesellschaftsvertrages

@->

Herr Hastrich verweist darauf, für die zu gründende gGmbH sei ausschließlich die Bezeichnung „GL Service gGmbH“ vorgesehen.

Auf Anfrage Frau Neuheuser-Königs erklärt Herr Mumdey, das Stammkapital in Höhe von 25.000 € sei in der Dezember-Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses in die Prioritätenliste aufgenommen worden.

Herr Hastrich ergänzt, dieses Stammkapital bleibe der Stadt als Beteiligungskapital erhalten. Als laufende Kosten erhalte die gGmbH den Betrag als Zuschuss, der bisher im städtischen Haushalt für die gleichen Aufgaben aufgewendet wurden. Die Höhe der Kosten für die Wirtschaftsprüfung stünde heute noch nicht fest, weil diese vom Umsatzvolumen der gGmbH abhängig sei.

Zweck der gGmbH sei nicht nur die Fortführung des CityServices, sondern die Entwicklung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten. Darüber würden Verhandlungen insbesondere mit der K-A-S Rhein-Berg geführt. Eine Mehrbelastung für die Stadt sehe er insofern nicht, als dass die gGmbH mit den zur Verfügung gestellten und selbst erzielten Mitteln auskommen müsse.

Herr Dr. Bernhauser stimmt für die CDU-Fraktion der Vorlage grundsätzlich zu und beantragt, im Gesellschaftsvertrag § 3 Abs. 1 folgenden 2. Satz einzufügen: „Damit erfüllt sie die Voraussetzungen, Spenden einzuwerben und Zuwendungsbescheinigungen auszustellen.“ Er könne sich vorstellen, dass eine Gesellschaft, die Benachteiligten hilft, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, Geld von Spendern oder Sponsoren erhält. Diese sollen eine Spendenbescheinigung erhalten können.

Herr Mumdey und Herr Hastrich sagen die Aufnahme dieser Formulierung in den Vertrag zu.

Auf Anfrage von Frau Neuheuser-Königs erklärt Herr Mumdey, über die Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung befinde der Rat. Gesetzlich vorgeschrieben sei lediglich, dass bei einer Entsendung mehrerer Personen in die Gesellschafterversammlung eine der Bürgermeister sein müsse. Dieser könne sich vertreten lassen.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt die Gründung der gGmbH. Ihre Anfrage beantworten Herr Mumdey und Herr Hastrich dahingehend, dass die derzeit diskutierte Reform der Gemeindeordnung nicht auf die hier vorgeschlagene Form der GmbH ziele.

Zu einer Anfrage Herrn Möllers (Vertreter des Seniorenbeirates) erklärt Herr Hastrich, die Stadt sei zwar berechtigt, Anträge beim Europäischen Sozialfonds zu stellen, genaue Beträge können aber noch nicht genannt werden. Die Förderung sei von der Art der durchgeführten Maßnahmen abhängig.

Herr Mumdey verweist auf eine Anfrage von Frau Schu darauf, dass die Stadt alleiniger Gesellschafter sowohl der EGBL als auch der GL Service gGmbH sei. Wesentlicher Unterschied zwischen beiden Gesellschaften sei, dass in die EGBL städtische Pflichtleistungen ausgegliedert wurden und in die GL Service gGmbH nicht.

Auf Wunsch Frau Schus wird ausdrücklich vermerkt, dass es sich bei dem Beschluss-
text der Vorlage um eine Beschlussempfehlung handelt.

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig bei zwei Enthaltungen der FDP-Fraktion und der
BfBB-Fraktion)

<-@

@->

1. Die Gründung der Gesellschaft "**GL Service gGmbH**" zum 01.04.2007 wird beschlossen. Dem Gesellschaftsvertrag für die GL Service gGmbH wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung notwendigen Rechtshandlungen vorzunehmen. Formelle Änderungen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde oder des Notars, die den materiellen Gehalt des Gesellschaftsvertrages nicht berühren, bedürfen keiner erneuten Zustimmung.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Neugründung der GL Service gGmbH nach § 115 GO NW der Kommunalaufsicht anzuzeigen.
4. Für den Fall der Zustimmung der Kommunalaufsicht zur Neugründung der GL Service gGmbH werden bereits folgende Beschlüsse gefasst:
 - 4.1 In die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH werden als Vertreter des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
 1. der Bürgermeister
 2.
 3.
 4.
 5.
 6.
 7.gewählt.
Der Bürgermeister kann sich in der Gesellschafterversammlung von Frau/Herrn..... vertreten lassen (§ 8 Gesellschaftsvertrag).
 - 4.2 Als Geschäftsführer der GL Service gGmbH werden Frau Manuela Leyendecker und Herr Bruno Hastrich bestellt.
 - 4.3 Der Stadtkämmerer wird ermächtigt, das Stammkapital für die Gesellschaftsgründung in Höhe von 25.000 € aus der Haushaltsstelle 1.870.930.23 zur Verfügung zu stellen.

<-@

11 Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil

@->

Frau Schöttler-Fuchs

Kann der Sozialausschuss über die Veranstaltung der K-A-S informiert werden, die heute Morgen im Kreishaus stattfand?

Herr Dekker berichtet, bei dieser Veranstaltung habe es sich um eine Mitarbeiterversammlung der K-A-S Rhein-Berg gehandelt. Dabei ging es darum, dass Geschäftsführung und Leitungen der Kundencenter die Ergebnisse des Jahres 2006 und die Ziel-

planung für das Jahr 2007 vorstellten.

Herr Schnöring

Aus der Vorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss aus dem Jahr 2003 ergibt sich eine Jahresmiete für die Unterkünfte Rosenhecke/Kauler Straße in Höhe von 87.000 € Kann die Verwaltung angesichts der finanziellen Situation hier weiter tätig werden?

Herr Hastrich erklärt, diese Summe sei der Hintergrund für die gewünschte Rückabwicklung des Mietvertrages.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.36 Uhr. <-@